Nr. 247
... weibliche Jugend.
... Vortrag ... und Ziele der Parteien". Aussprache! ... die weibl. Jugend.
...-Verband Tel. 17304.
... Damen-Ball ...
... Nachtfalter
... Veranstaltungen ... Weintraube
Tee! ...
... Schnitzel, Melasse, ... Stroh, Häcksel, Viehsalz.
... Qualitäten ... Sonnabend ... eintreffend ... 1.25 ... 1.50 ... 1.70
Lengfisch u. a. ... Zentnerkörben ... mäßigten Preisen.
Prima Kakao ... Tafel-Schokoladen ... Bruch-Schokolade
Tafeläpfel
Heu
...rren.
... Königsbrück
...ll-Streu
Briketts

Nr. 248 XXVII. Jahrgang — Freitag, 12. September 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher ..., Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Die 34 mm breite Petitzeile kostet ... [illegible]

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.70, vierteljährlich M. 5.10 ... [illegible] Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags ... 20 Pf.

Ein Provisorium

Von unserm ...-Mitarbeiter

Wien, 9. September

Die Nationalversammlung hat den Diktatfrieden von St-Germain angenommen und der Staatskanzler wird ihn am 10. September unterschreiben. (Was inzwischen geschehen ist. — D. Red.) Damit beginnt eine ganz neue geschichtliche Epoche für die Gebiete, die seit dem Umsturz „Deutsch-Oesterreich" hießen und nunmehr unter der Bezeichnung „Republik Oesterreich" zusammengefaßt werden. Aus dem Weltreich, in dem einstens die Sonne nicht unterging, ist ein unförmiger kleiner Stumpf geworden, dem alle Organe zur Lebensfähigkeit abgehen. Es fehlt ihm die Möglichkeit, seine winzige Bevölkerung von sechs Millionen zu ernähren, und es fehlen ihm die Grundmittel zur selbständigen Gütererzeugung. Nicht leben können und nicht produzieren können — das ist die Signatur, unter der das Zerrgebilde von St.-Germain in die Geschichte eintritt. Man sagt, der endgültige Vertrag habe Erleichterungen und Milderungen gebracht gegen den ersten Entwurf. Zugegeben. Aber diese kleinen Zugeständnisse, die der Entente mühselig abgerungen wurden, schaffen keine Lebensmöglichkeit: es ist so, wie wenn der zum Strick Verurteilte zu Pulver und Blei „begnadigt" wird — am Leben bleibt er nicht.

Man tröstet uns mit der „Wiedergutmachungskommission", auf die die Entente, die ihr Unvermögen zur Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme des kleinen Freistaates erkannte, alles, was in Schwebe blieb, abschob. Nun wird sich erst zu zeigen haben, ob diese Kommission, die in erster Linie Entschädigungen, Wiedergutmachungen aus uns herauszupressen versuchen wird, mehr Verständnis und guten Willen als die Pariser Konferenz besitzt, um die verworrenen Verhältnisse zwischen den einzelnen Teilstaaten der ehemaligen Monarchie zu regeln. Allein selbst angenommen, daß dies der Fall wäre, daß bei der unmittelbaren Aussprache, die uns — im Gegensatze zur Pariser Konferenz, bei der wir nicht zugelassen wurden — bei der Kommission gestattet sein wird, manche schiefe Auffassung beseitigt, manch gerechtes Verlangen durchgesetzt und so die Auseinandersetzung mit den Nachfolgestaaten erleichtert werden könnte, gewiß bleibt doch, daß die Kommission uns in den Hauptsachen nicht helfen kann, da sie dazu gar nicht die Kompetenz hat. Es ist sehr bezeichnend, daß, noch ehe der Friedensvertrag in Paris durchberaten war, die Entente in der allerwichtigsten Frage, in der Lebensmittelfrage, ihre Hand von uns abzog. Seit dem 15. August erklärte Herr Hoover sein Werk für beendet. Es ist sehr dankenswert gewesen, daß uns 48 Millionen Dollar zur Beschaffung von Lebensmitteln kreditiert wurden und die Rückzahlung gestundet wird. Allein nicht einmal jetzt, da eben erst die neue Ernte eingeführt ist, kann das kleine Oesterreich sich selbst ernähren, auch jetzt braucht es unausgesetzt Zufuhren vom Ausland. Was soll geschehen, wenn die Ernte aufgebraucht ist? Auch lebt der Mensch nicht vom Brot allein, und noch hundert andere Nährmittel gibt es, die mit den Bodenfrüchten nicht unmittelbar zusammenhängen.

Und womit soll die Einfuhr bezahlt werden? Mit der Krone, die auf den zehnten Teil ihres früheren Wertes gesunken ist. Eine Wertminderung, die die ungeheuerlichsten Preissteigerungen aller Bedarfsartikel zur Folge hat, was wieder stetige Lohnansprüche hervorruft, die Notendruckmaschine unausgesetzt in Bewegung bringt, womit wieder Preiserhöhungen der Waren verbunden sind. Aber soll die Einfuhr der Lebensmittel mit den Erzeugnissen unseres Gewerbefleißes und unserer Industrie bezahlt werden? Dazu fehlen wieder die Rohstoffe, die wieder aus dem Auslande mit der entwerteten Krone beschafft werden müssen und darum von vornherein das Produkt verteuern, es vielleicht überhaupt konkurrenzunfähig machen. Dazu kommt, daß die Arbeitsfreudigkeit, die Arbeitslust, ja die einfache Arbeitswilligkeit fehlt, weil man aus den wirtschaftlichen und finanziellen Nöten keinen Ausweg sieht. Einen solchen kann auch die Wiedergutmachungskommission, da sie an den Inhalt des Friedensvertrages in der Hauptsache gebunden und obendrein nur eine Abteilung der Pariser Wiedergutmachungskommission ist, der sie untersteht, uns nicht weisen. Sie kann bestenfalls nur die Liquidation der alten Monarchie vielleicht durchführen, was jedenfalls viel Mühe und Zeit kosten und unsre besten Kräfte wieder auf lange Sicht binden wird. Inzwischen aber kann die „Republik Oesterreich" verhungern, verarmen und verelenden, weil die Nahrungsmittel und Rohstoffe nicht beschafft werden können. Dazu hat die Kommission nicht die Macht.

Diese Macht hat nur der Völkerbund. Nicht unmittelbar, aber mittelbar. Der Völkerbund hat nämlich die Macht, uns den Anschluß an Deutschland zu gestatten. Der Anschlußgedanke, nicht, daß er durch das Verbot im Friedensvertrage bei seinen bisherigen Anhängern zurückgedrängt worden wäre, er hat im Gegenteil durch den Vertrag neue Anhänger erhalten. Wer irgendwie urteilsfähig ist, muß einsehen, daß der Staat, den der Friede von St.-Germain geschaffen hat, nicht leben kann. Er kann sich eine Zeitlang hinschleppen und vegetieren, immer im Vertrauen auf irgendein Wunder, das aus dem Schoße der Wiedergutmachungskommission erstehen soll, aber er kann sich nicht konsolidieren, nicht politisch, nicht wirtschaftlich, nicht finanziell festigen. Da das Ganze keine Zukunft verspricht, fliegen die Teile auseinander und stoßen mit Verordnungen Staatsgesetze um. Es ist kein politischer Zusammenhalt, weil das Vertrauen in die Gesundung fehlt, und weil kein Absehen ist, wie die Lasten getragen, die Mittel zur Erhaltung des Staates und zur Vermeidung finanzieller Katastrophen beschafft werden sollen. Der Glaube an die Zukunft, das Vertrauen in die Lebensmöglichkeit hat nur die Vereinigung mit dem Mutterlande zur Voraussetzung. Es gibt keinen andern sichtbaren und gangbaren Weg. Darum ist der Vertrag von St.-Germain nur ein Provisorium für alle, die ein politisches und wirtschaftliches Urteil haben. Nur als Glied des Deutschen Reiches kann Oesterreich bestehen, nur in der Anlehnung an Deutschland kann die Katastrophe vermieden werden.

Die Unterzeichnung in St-Germain

Staatskanzler Renner unterzeichnete, wie aus St.-Germain gemeldet wird, den Friedensvertrag um 10 Uhr 15 Minuten am Mittwoch vormittag. Die rumänische und die südslawische Delegation war bei der Unterzeichnung nicht anwesend. Der Oberste Rat ließ ihnen bis Sonnabend Zeit, ihre Absichten mitzuteilen. Die Unterzeichnung vollzog sich nach demselben Zeremoniell wie bei den Deutschen. Vor der Unterzeichnung hielt Clemenceau eine Ansprache. Hierauf unterzeichnete Staatskanzler Dr. Renner den Vertrag sowie die vorgelegten Protokolle. Nach ihm unterzeichneten die amerikanische, dann die großbritannische Delegation. Es folgten die Franzosen, Italiener und Japaner. Der alphabetischen Reihenfolge nach schritten dann die kleinen Staaten an die Unterzeichnung.

Die Internationalisierung deutscher Flüsse

* Breslau, 11. September. Es heißt, daß wegen der im Friedensvertrag aufgeworfenen Frage der Internationalisierung deutscher Flüsse in nächster Zeit eine interalliierte Kommission in Schlesien eintreffen wird, um eine Besichtigung der oberen Wasserstraßen vorzunehmen. England zeigt große Neigung, eine Kontrolle der Elbe-Schiffahrt zu erlangen, während die Amerikaner etwas Interesse für die Oder-Schiffahrt zeigen.

Die Tschechen verlangen Teschen

× Wien, 10. September. (Meldung des Wiener Korr.-Bureaus.) Aus Prag wird gemeldet: In der ersten Sitzung der Nationalversammlung nach den Sommerferien betonte Präsident Tomaschek in der Eröffnungsrede die Bedeutung der Teschener Frage für die Tschecho-Slowakei und berief sich auf den Wilsonschen Grundsatz von der Lebensfähigkeit der Staaten, die für die Tschecho-Slowakei nicht gegeben wäre, falls das Kohlenrevier von Teschen für sie verloren wäre. Die Nationalversammlung, so führte er aus, könne nicht gestatten, daß eine ungünstige Entscheidung in der Teschener Frage von den Vertretern der Tschecho-Slowakei unterzeichnet würde. Ministerpräsident Tusar gab einen Ueberblick über die Entwicklung der Teschener Frage und schloß mit der Erklärung, daß die Tschecho-Slowakei bei einer ungünstigen Lösung der Angelegenheit ihre Unterschrift verweigern würde. Die Erklärung Tusars wurde vom Hause einstimmig genehmigt, worauf Präsident Tomaschek erklärte, daß er den Beschluß der Nationalversammlung sofort nach Paris übermitteln werde.

Tschechische „Toleranz"

Die „Neue Freie Presse" meldet aus Prag, das Unterrichtsministerium habe einen Erlaß herausgegeben, wonach alle Schüler und Schülerinnen der staatlichen Mittel-, Handels- und Fachschulen vom Schulbesuch auszuschließen seien, die nicht in irgendeiner Gemeinde der tschecho-slowakischen Republik das Heimatrecht besitzen. Hierzu bemerkt das genannte Blatt, die gesamte Kulturwelt müsse gegen ein derartiges geradezu ungeheuerliches Vorgehen und gegen die Einführung derartiger Methoden der nationalen Unterwerfung schärfsten Einspruch erheben.

Luzattis Ratifikationsbericht

* Genf, 11. September. „Corriere della Sera" bringt aus Rom eine Mitteilung über den persönlichen Bericht des früheren Präsidenten Luzatti über den Friedensvertrag von Versailles. Dieser Bericht begünstigt den Wunsch Luzattis, daß die Feinde bald in den Völkerbund eintreten mögen. Es sei besser, meint Luzatti, Deutschland aus der Nähe zu beobachten und mit ihm zu unterhandeln, um zu sehen, ob es durch das Unglück gebessert worden sei. Dann unterzieht Luzatti den Vertrag selbst einer strengen Kritik und tritt gegen die Absicht, Kaiser Wilhelm vor einen Gerichtshof zu stellen, aus Gründen des öffentlichen Rechtes ein. Es genüge, den Kaiser unschädlich zu machen, wobei aber gegen ihn gerechte Grundsätze beachtet werden müßten. Ferner behandelt Luzatti die Vorteile, die Italien aus dem Vertrage erwachsen würden. Die gegenwärtige Weltlage sei weit schlechter, als sie von den Beauftragten in Versailles betrachtet werde. Aus Nützlichkeitsgründen beantragte Luzatti trotzdem die Genehmigung des Friedensvertrages. Dagegen haben vier Mitglieder der aus 24 Parlamentariern bestehenden Kommission ein Minderheitsvotum angemeldet, das unter Berufung auf den unsinnigen Versuch, das deutsche Volk zu vernichten, auf die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und auf die aus diesen Umständen drohenden Gefahren der Zukunft eine Änderung des Vertrags verlangt. Diese ablehnenden Mitglieder gehören der sozialdemokratischen und klerikalen Partei an.

Unsre Gefangenen in Frankreich

Genf, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) Nach Pariser Meldungen ist ein Teil der deutschen Gefangenen bereits seit acht Tagen in den Sammellagern zusammengezogen. Ausführungen im „Homme libre" und im „Journal" lassen annehmen, daß der Abtransport der Gefangenen aus Frankreich immer noch von der vorherigen Erledigung der Arbeiterfrage für die Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich abhängig gemacht wird.

Die Entente-Note überreicht

Nach langen Beratungen ist sich der Oberste Rat endlich über den Wortlaut der Antwort einig geworden, die auf die deutsche Note gegeben werden soll. Der Hauptmann Laperche, Kommandant der Militärabteilung zur Ueberwachung des Hotel des Reservoir, wurde, nach einer Meldung aus Versailles, am Dienstag nachmittag in das Ministerium des Aeußern berufen „zur Entgegennahme einer Note an Herrn v. Lersner, welche die Antwort auf die Bemerkungen der deutschen Regierung über die Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland darstellt". Die „Patrie" will zwar wissen, die Antwort werde keinem Ultimatum gleichkommen. Dieser Auffassung widersprechen aber

die militärischen Maßnahmen,

die zur Durchführung der Entente-Forderungen bereits getroffen worden sind:

× Paris, 11. September. Die Zeitungen halten angesichts des Verhaltens der deutschen Regierung nach dem Ultimatum hinsichtlich der deutschen Verfassung dafür, daß die Aufgabe der Militärs vorgezeichnet werde. Sie müßten den Deutschen bedeuten, daß man von ihnen nicht Worte, sondern Taten verlange, und daß, wenn diese nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist ausgeführt würden, die angekündigten Maßnahmen in Kraft träten.

Genf, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: Marschall Foch ist nach Coblenz abgereist, um die militärischen Maßnahmen gegen Deutschland zu leiten. Der „Temps" meldet: Drei französische Armeekorps stehen zur Durchführung der Forderungen der Alliierten zur Verfügung Marschall Fochs am Rhein. —

Berlin, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) Für die Beratungen der Nationalversammlung über die Streichung des Anschlußparagraphen in der Reichsverfassung wird ein Gegenantrag der rechtsstehenden Parteien angekündigt. Die Annahme des Regierungsantrages auf Streichung ist dagegen mit ungefähr gleichem Stimmenverhältnis wie beim Friedensvertrag gesichert.

Der liberale „Manchester Guardian" schreibt in einem Leitartikel vom 8. September, der Begriff Selbstbestimmung habe keine Bedeutung mehr, wenn nach dem Zusammenbruch des alten Oesterreichs Deutsch-Oesterreich daran verhindert werde, sich trotz dem Wunsch der Bevölkerung an Deutschland anzuschließen. Die Alliierten stellten sich mit einem solchen Mißgriff dem Vorwurf bloß, daß sie nicht wirklich an die Selbstbestimmung als an einen Grundsatz glaubten, sondern daß sie die Selbstbestimmung nur dann anwendeten, wenn sie ihren Zielen dienlich ist.

Der Beitritt zum Völkerbund

Rotterdam, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Expreß" meldet aus New-York: Auf eine Anfrage des Senators Nelson lehnt Lansing Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund vor der Konstituierung des Völkerbundes ab. Die Frage der Zulassung Deutschlands zum Bund der Nationen würde nicht vor einem Jahre spruchreif werden.

× Bern, 10. September. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) Der Ausschuß des Nationalrates für den Völkerbund hat mit 21 gegen 4 Stimmen beschlossen, im Nationalrat den Eintritt in den Völkerbund zu beantragen. Drei Stimmen sprachen sich dafür aus, zur Zeit dem Bunde nicht beizutreten.

× Paris, 10. September. Die Vertreter der Republik Estland, Lettland und Litauen drücken in einem Schreiben an den Präsidenten der Friedenskonferenz den Wunsch aus, die baltischen Staaten in naher Zukunft in den Völkerbund aufzunehmen.

Die Erregung im Elsaß

w. Genf, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Temps" aus Straßburg meldet, hat der Sozialistenverband für Unterelsaß beschlossen, bei den bevorstehenden Wahlen zur Deputiertenkammer eigene Kandidaten aufzustellen und jeden Zusammenschluß mit andern Parteien abzulehnen. Die Versammlung nahm eine sehr scharfe Tagesordnung an, in der die französische Willkürherrschaft im Elsaß verurteilt wird.

* Lörrach, 11. September. Gegen die beabsichtigte Einberufung der Jahrgänge 1898 bis 1900 in Elsaß-Lothringen herrscht in der Bevölkerung starke Erbitterung. Die bürgerliche Partei beschwört die französische Regierung, die Einberufung zu unterlassen, da sonst einer gefährlichen Strömung Vorschub geleistet würde. Vielerorts erschienen schon Aufforderungen, der Einberufung keine Folge zu leisten. Sollte sie dennoch durchgeführt werden, würden 20000 junge Männer davon betroffen.

* Berlin, 11. September. Dem „Vorwärts" zufolge protestiert ein auf der oberelsässischen sozialistischen Konferenz in Mülhausen angenommener Antrag Grumbach schärfstens gegen die französische Ausweisungspolitik, den Belagerungszustand, die Zensur, fordert sofortige Verstaatlichung der Eisenbahnen, Bergwerke und Kaliwerke und beschleunigte Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms für Unterelsaß und Lothringen. Die unterelsässische sozialistische Konferenz in Straßburg nahm einen Protest gegen die unumschränkte Säbeldiktatur in Oberelsaß und Lothringen an, warnt die französische Regierung, den Weg brutaler preußischer Gewaltpolitik zu betreten und fordert sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und Wiederherstellung aller garantierten Bürgerrechte.

Die verhängnisvollen Augusttage

n. Berlin, 11. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Auseinandersetzung zwischen dem General Ludendorff und dem Staatssekretär a. D. v. Hintze dreht sich um die Frage, ob der Versuch, im August 1918 zum Frieden zu gelangen, an den mangelhaften Maßnahmen des Auswärtigen Amtes gescheitert ist, wie General Ludendorff behauptet, oder daran, daß die Oberste Heeresleitung durch die Aufrechterhaltung ihrer Kriegszielforderungen und durch den Wunsch, eine neutrale Vermittlung nicht sogleich in Anspruch zu nehmen, die Bemühungen des Auswärtigen Amtes vereitelt hat. Diese Auseinandersetzung wird durch eine soeben erscheinende neue Broschüre des Generals Ludendorff „Das Scheitern der neutralen Friedensvermittlung August—September 1918" fortgeführt. Aus dem Inhalt seien vorläufig nur die Ergebnisse erwähnt, zu denen Ludendorff bei seiner Untersuchung kommt. Er schreibt u. a.: Folgendes steht fest: Seit dem 14. August wird neutrale Vermittlung betrieben. Am 29. August ist günstige Aufnahme eines solchen Wunsches bei der Königin der Niederlande zu erwarten. Am 10. September, also noch vor dem Zusammenbruch Bulgariens, ist eine sofortige Herbeiführung einer Aussprache mit dem Feinde durch die Königin der Niederlande beabsichtigt. Diese Aussprache wird nicht vorgenommen. Die Verantwortung, daß die Vermittlung nicht zur Ausführung kam, liegt nicht bei der Obersten Heeresleitung, sondern beim Grafen Burian und vornehmlich bei der Unfähigkeit unsres Auswärtigen Amtes, in dieser Frage die Führung an sich zu nehmen, statt sie Oesterreich zu überlassen. Statt zu handeln, wird telegraphiert und verhandelt. Die Verhandlungen führten nicht zum Ziel. Die Oberste Heeresleitung wartete nun wieder seit dem 10. September darauf, daß irgend etwas geschehe. Von der Aussichtslosigkeit der Schritte des Grafen Burian war sie wie der Reichskanzler überzeugt. Anderes erfuhr sie nicht.

Bei der Fortführung der Polemik über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes nimmt jetzt der frühere

Staatssekretär des Aeußern v. Hintze

das Wort in einer Reihe von Artikeln, die in der „Voss. Ztg." zu erscheinen beginnen. Wir geben einige der wichtigsten Stellen aus dem ersten Artikel hier wieder: „Als ich Herrn General Ludendorff Mitte Juli 1918 die förmliche und bestimmt gefaßte Frage vorlegte, ob er sicher wäre, mit der jetzigen Offensive den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen, stellte ich diese Frage nicht als Privatmann, sondern als designierter Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Das bestimmte Ja des Generals Ludendorff war die Grundlage für meine Politik bis zu den ersten Augusttagen. Etwa am 13. August erklärte mir General Ludendorff, diese Sicherheit nicht mehr zu haben und auf die Frage, wie er sich die Weiterführung des Krieges denke, wir würden durch eine strategische Defensive imstande sein, den Kriegswillen des Feindes zu lähmen und ihn so allmählich zum Frieden zu bringen. Ich habe diese Mitteilung des Generals Ludendorff selbstverständlich als eine dienstliche betrachtet. Sie änderte — in Verbindung mit den außenpolitischen Vorgängen — die Unterlage für die Politik von Grund auf.

Das Programm für den Kronrat vom 14. August war laut Befehl des Kaisers, „eine ungeschminkte Bilanz des Weltkrieges" zu ziehen. General L. sagt im „Berl. Lok.-Anz." vom 1. August 1919: „Ich habe am 14. überhaupt nicht zur Kriegslage gesprochen." Warum nicht? Das Programm war doch, „eine ungeschminkte Bilanz des Krieges zu ziehen". In dem Werke „Meine Kriegserinnerungen" sagt General L. Seite 553 für den 13. August: „In der Beurteilung der Kriegslage war er (der Generalfeldmarschall) optimistischer als ich." Warum hat der Erste Generalquartiermeister seine Ansicht im Kronrat am 14. August nicht zur Sprache gebracht?

Niemals, zu keiner Zeit vor dem 29. September 1918 hat mir gegenüber General L. erklärt, durch Verhandlungen allein wäre dies (den Feind friedenswillig zu machen) kaum zu erreichen, wir müßten demnach die Beendigung des Krieges auf diplomatischem Wege herbeiführen. (Kriegserinnerungen Seite 552—553.)

Der Kronrat vom 14. August hatte die folgende Ermächtigung für die Einleitung zu Friedensschritten gegeben: „Es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt geachtet werden, wo wir uns mit dem Feinde zu verständigen hätten. Neutrale Staaten . . . seien geeignete Wege." Und ferner „Diplomatisch müßten Fäden betr. eine Verständigung mit dem Feinde im geeigneten Moment angesponnen werden. Ein solches Moment böte sich nach den nächsten Erfolgen im Westen." Die Oberste Heeresleitung hat hierzu weder ja noch nein gesagt. Ich habe ihr Schweigen als Zustimmung angenommen. Die Ermächtigung war nicht erteilt zu einem Friedensangebot.

Nun komme ich zu der Vermutung, daß General L. als Forderung der Obersten Heeresleitung für den 14. August eine sofortige offizielle Friedensdemarche in Anspruch nimmt. Wenn das der Fall ist, so hat General L. weder damals noch später mir gegenüber auch nur ein Wort darüber verlauten lassen. Auch hat er mir keine derartige Schilderung der Kriegslage gegeben, daß etwa der Eindruck in mir erweckt worden wäre, die Oberste Heeresleitung wünsche eine sofortige offizielle Friedensdemarche, halte sie durch die Kriegslage für geboten, wolle nur nicht mit der Sprache heraus. Ich fordere die Zeugen des Kronrates vom 14. August und die Minister der Geschehnisse vom 13. und 14. August auf, sich zu äußern, ob sie etwa einen solchen Eindruck gehabt haben.

Bei meiner Reise nach Spa vom 8. September 1918 gab mir der Reichskanzler einen Fragebogen mit, der u. a. Antwort darauf erbat, ob bei ermöglichter strategischer Defensive noch ...

http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19190912/1
SLUB Wir führen Wissen.